

## Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 30.01.1997

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 30.01.1997  
**Beginn der Sitzung:** 15:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 17:13 Uhr  
**Sitzungsort:** Ausstellungsraum des Pelzerhauses

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Rosenboom, Benedikt

#### **SPD-Fraktion**

Haase, Hans-Dieter  
Kleinschmidt, Heinrich Dr.  
Leeker, Wilhelm  
Pauels, Karl-Gerhard  
Slieter, Ihno  
Südhoff, Johann

#### **CDU-Fraktion**

Janßen, Heinz Werner

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Schmidt, Christine

#### **FDP-Fraktion Grundmandat**

Beisser, Kurt-Dieter Dr.

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Rosenboom** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungs-ausschuss

TOP 3      Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1995  
Vorlage: 13/71

**Herr Mansholt** gibt zu diesem Tagesordnungspunkt eine kurze Einführung, er erläutert den gesetzlichen Auftrag und erklärt, daß sich dieser Bericht in etwas anderer Form als in den Vorjahren darstellt.

Tz. 1 (Seite 4)

**Herr Dr. Kleinschmidt** bittet um mehr Zeitnähe bei der Vorlage des Berichtes.

**Herr Mansholt** erklärt, daß durch die verspätete Vorlage der Prüfunterlagen an das RPA der Prüfbericht erst im September fertiggestellt werden konnte. Am 25.09.95 hat die Verwaltung den Bericht erhalten, um ihn mit den geforderten Stellungnahmen zu versehen. In dieser Zeit standen bereits die Kommunalwahlen an. Bei rechtzeitiger Vorlage der Unterlagen im RPA und pünktlicher Stellungnahme der Verwaltung dazu ist eine Beratung in den Gremien im September/Okttober möglich.

Weiter weist Herr Mansholt darauf hin, daß die in der Stellungnahme der Verwaltung gemachte Aussage zur Vorlage einer ungebundenen Ausfertigung der Jahresrechnung nicht zutreffend ist.

**Herr H. W. Janssen** hält das Argument der Kommunalwahl für fraglich.

**Herr Hemken** führt aus, daß der neu gewählte Rat über den Bericht beraten sollte und es deswegen zur zeitlichen Verzögerung kam.

**Herr Mansholt** weist darauf hin, daß das Rechnungsprüfungsamt erst am 15. Januar 1997 die Stellungnahmen der Verwaltung erhielt und dann unverzüglich die Sitzung anberaumt habe.

**Herr Fecht** erläutert den verwaltungsinternen Ablauf bis zur Sitzung.

Tz. 2 und 3 (Seite 9 und 10)

**Herr Haase** und **Herr H. W. Janssen** erbitten Auskunft zur Arbeit der Vollziehungsbeamten und zur Resteliste und dem Kassenwirksamkeitsprinzip bzw. zu den Verpflichtungsermächtigungen.

**Herr Hemken** begründet die Zurückhaltung bei Verpflichtungsermächtigungen mit der Belastung des Haushalts des Folgejahres und weist auf die Genehmigungspflicht hin. Er erklärt, daß durch die jetzige Handhabung keine Nachteile entstehen; das RPA habe aber formell recht.

**Herr Mansholt** verweist auf den § 7 der Gemeindehaushaltsverordnung. Er gibt zu bedenken, daß der I. Nachtragshaushalt nicht kassenwirksam geworden sei.

**Herr Fecht** stellt heraus, daß sich die Arbeit der Vollziehungsbeamten sehr wohl lohnt. Er erläutert die Abläufe bei Niederschlagungen und evtl. späterer Wiederaufnahme von Forderungen und erklärt die Vollständigkeit der Resteliste im Zusammenhang mit den Fehlbeträgen aus dem Vorjahr.

**Herr Mansholt** bekräftigt die Forderung des RPA auf Vollständigkeit der Kassenunterlagen.

**Herr H. W. Janssen** erkundigt sich nach der beanstandeten Jahresrechnung.

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungs-ausschuss

**Herr Mansholt** verweist auf die berichtigte Rechnung nach vorgeschriebenem Formblatt, welche als Anlage dem Bericht beigefügt ist.

### Tz. 4 (Seite 11)

**Herr Mansholt** berichtet, daß hier vom Personalamt Personalausgaben als Zuschüsse gebucht wurden.

### Tz. 5 (Seite 11)

**Herr H. W. Janssen** ist es unverständlich, daß, wenn eine Heizungsanlage im Jahre 88 auf Gas umgestellt wurde, noch eine Heizerpauschale gezahlt wird.

**Herr Pauels** erklärt, daß im Bürgerhaus Harsweg sehr viel Jugendarbeit stattfindet und somit hier kein Vergleich mit einem Sportverein gezogen werden kann. Es handele sich hier vielmehr um eine Hausmeistertätigkeit.

**Herr Fürst** berichtet, daß hier kurzfristig eine Einigung zustande kommen werde.

### Tz. 6 (Seite 11)

**Herr H. W. Janssen** erkundigt sich nach der fehlenden ADV-Software.

**Herr Potthast** erklärt, daß erst einmal die genaue Anforderung definiert werden muß. Erst dann könne man die genauen Kosten beziffern.

**Herr Dr. Beisser** findet, daß die fraglichen Kosten nicht so hoch sein könnten.

**Herr Mansholt** meint, daß evtl. ein "selbstgestricktes" Programm als Schnittstelle vom Programm PAISY zum Stellenplanprogramm ausreicht.

### Seite 16 (Baul. Unterhaltung)

**Herr H. W. Janssen** möchte wissen, wieso der Unterhaltungsaufwand für die BBS II so groß ist.

**Herr Lieke** führt dies auf die anfällige Konstruktion des Schulgebäudes zurück.

**Herr Leeker** macht ebenfalls Konstruktionsfehler verantwortlich, leider seien Regreßansprüche nicht mehr möglich.

### Seite 23 (Zuschußvergaben)

**Herr H. W. Janssen** erkundigt sich, wie die Verwaltung zukünftig bei Zuschüssen vorgehen will.

**Herr Mansholt** führt aus, daß die Dienstanweisung hierfür zu alt sei und es oft so sei, daß, je höher der Zuschuß um so weniger kontrolliert werde.

**Herr Hemken** unterstreicht grundsätzlich die Ausführung von Herrn Mansholt, jedoch seien bei den großen Zuschußempfängern wie Kunsthalle, Volkshochschule und Musikschule Ratsmitglieder und Verwaltungsangehörige in den Gremien vertreten.

**Herr H. W. Janssen** bekräftigt, daß es nicht sein kann, daß nicht geprüft werde, nur weil Ratsmitglieder in den Gremien sind.

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungs-ausschuss

**Herr Mansholt** erklärt, daß dies kein Problem des Zuschußempfängers sei, sondern eine Lösung in der Verwaltung herbeigeführt werden muß.

### Seite 19 (Leasingverträge)

**Herr Leeker** stellt die Frage, ob Leasing bei KFZ's sinnvoll sei.

**Herr Fecht** antwortet, daß hier stets eine genaue Einzelfallprüfung zu erfolgen habe. Leasing mache nur Sinn bei kostenrechnenden Anlagen. Haushaltsrechtlich würden Leasingverträge wie Darlehen behandelt.

### Seite 23 (Förderung des Hafenverkehrs)

**Herr Dr. Kleinschmidt** möchte wissen, was sich hinter der ausgewiesenen Summe verbirgt.

**Herr Mansholt** erklärt, daß hier nicht mehr der Leichterfonds gemeint sei, sondern allgemeine Aktivitäten zur Förderung des Hafens, bis hin zu Reisekosten.

### Tz. 7 (Seite 29)

**Herr H. W. Janssen** möchte wissen, warum nicht für alle auswärtigen Schüler Schulgebühren eingefordert werden.

**Herr Lieke** erläutert die rechtlichen Grundlagen und führt aus, daß man mit den Landkreisen Aurich und Leer eine Vereinbarung abgeschlossen habe, wonach die Landkreise jährlich eine Pauschale von insgesamt 500 TDM für die Beschulung von Schülern aus diesen Landkreisen an Schulen der Stadt Emden zahlen. Die Strukturkonferenz Ost-Friesland habe beschlossen, keine Gebühren zu erheben. Er warne davor, die Vereinbarung zu kündigen, bzw. Gebühren zu erheben, da dann zu befürchten ist, daß Schüler abgezogen würden, Klassen nicht mehr gehalten werden könnten und die Stadt dann selbst zahlen müsse.

### Tz. 10 (Seite 37)

**Herr Haase** und **Herr H. W. Janssen** erkundigen sich bei dieser Textziffer nach der Verwendung und Anschaffung von Hard- und Software im Jugendamt.

**Herr Fürst** berichtet, daß wegen fehlender Haushaltsmittel Hard- und Software leider nicht hätten gleichzeitig angeschafft werden können.

**Herr Dr. Beisser** möchte wissen, wieso Sicherungshypotheken bei Sozialhilfezahlungen schleppend in Anspruch genommen würden.

**Herr Fürst** erklärt, daß man nur dann die Hypothek wirksam werden lassen könne, wenn der Erbfall eingetreten sei.

### Tz. 11 - 13 (Seite 41)

**Herr Leeker** erkundigt sich nach dem Defizit beim Bauschuttrecycling.

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungs-ausschuss

**Herr Peters** führt aus, daß das Defizit auf der hohen Kostenpauschale beruhe. Das RPA habe deshalb vorgeschlagen, vom Rechtsamt Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Vertrag prüfen zu lassen.

**Herr Dr. Beisser** meint, daß die Abfuhr der 35 ltr. Mülleimer sehr teuer sei.

**Herr Mansholt** bestätigt, daß die Abfuhr pro Liter Müll mit großen Behältern weitaus kostengünstiger sei als mit den kleinen 50 l bzw. 35 l Gefäßen.

**Herr Leeker** sagt dazu, daß die Bevölkerung leider größere Behälter abgelehnt habe.

**Herr Fecht** gibt zu bedenken, daß, wenn es nur nach den Gebühren ginge, es heißen müßte: je mehr Müll, desto billiger. Das Abfallgesetz verlange aber eine lineare Kostenfestsetzung.

Raucherpause von 16.35 bis 16.40 Uhr.

Tz. 14 (Seite 42)

**Herr H. W. Janssen** möchte wissen, ob die Erkenntnis neu sei, daß die eigene Aufzucht von Sommerblumen so viel teurer ist, als wenn man sie zukaufen würde.

**Herr Fecht** erklärt, daß die Differenz im Laufe der Jahre immer größer geworden sei.

**Herr Mansholt** verweist darauf, daß die Aufzucht von Stiefmütterchen schon vor Jahren eingestellt wurde.

Tz. 15 (Seite 42)

**Herr Mansholt** führt aus, daß das Ökowerk im Haushalt nicht dargestellt werde, obwohl die Stadt einen erheblichen Personal- und Sachaufwand leiste.

**Herr Leeker** sagt, daß dies "historische" Gründe habe, denn leider sei es so, daß private Geldgeber sich zurückhalten würden, wenn städt. Mittel eingesetzt würden.

Seite 44

**Herr Haase** fragt nach den gelegentlichen Unstimmigkeiten bei den Vergaben.

**Herr Mansholt** antwortet, daß man die VOB einhalten müsse, gleichwohl aber insbesondere bei Zweifelsfragen das RPA die Fachämter berät. Von den vergebenen Aufträgen verbleiben 93 % bei Emden Firmen.

Seite 49 (Schlußbemerkung)

**Herr H. W. Janssen** stellt erfreut fest, daß das zögerliche Bezahlen von Schlußrechnungen wohl der Vergangenheit angehören würde.

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungs-ausschuss

**Herr Mansholt** bestätigt dies und berichtet, daß die Bearbeitungszeit besser geworden sei.

**Herr Rosenboom** ist erfreut, daß die Verwaltung "aufgewacht" sei.

Alle übrigen Tzn., die hier nicht gesondert aufgeführt sind, werden ohne besondere Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

**Herr Rosenboom** läßt über die Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1995 abstimmen.

### Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1995 und die Entlastung des Oberstadtdirektors für das Haushaltsjahr 1995.

Dieser Beschluß umfaßt auch den Jahresabschluß des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Der Bilanzgewinn in Höhe von 99.781,98 DM wird vorgetragen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4      Mitteilungen des Oberstadtdirektors

### Beschluss:

Ergebnis: kein Beratungsergebnis

TOP 5      Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der der Kunsthalle der Stiftung Henri Nannen gewährten städt. Zuschüsse  
Vorlage: 13/69

**Herr H. W. Janssen** ist verwundert, daß kein Bewilligungsbescheid vorliegt, der Rat aber trotzdem einen Prüfungsauftrag an das RPA erteilt habe.

**Herr Dr. Kleinschmidt** verweist auf die Prüfung des Landes Niedersachsen.

**Herr H. Janssen** liest aus der Stiftungssatzung vor. Er erklärt, daß Ratsmitglieder im Stiftungsrat seien und dieser Rat auch über die Einhaltung der Satzung wache und somit eine ordnungsgemäße Verwendung des Geldes gewährleistet sei.

**Herr Mansholt** führt aus, daß die Bez.-Reg.jährlich einen Bewilligungsbescheid nach Vorlage des Wirtschaftsplanes erteile. Darin wird der geprüfte Wirtschaftsplan für verbindlich erklärt. Nach Ablauf des Jahres wird anhand der Jahresergebnisse nachgewiesen, ob der Wirtschaftsplan eingehalten und damit die Mittel richtig verwendet wurden. Für die städt. Mittel wird das gleiche Verfahren empfohlen. Wenn die Bezirksregierung wie vorgeschlagen die städt.

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungs-ausschuss

Mittel auch prüfen soll, setzt das voraus, daß alle städt. Mittel im Verwaltungshaushalt veranschlagt werden.

**Herr Hemken** erläutert, daß der Zuschuß der Stadt leichter im Vermögenshaushalt als im Verwaltungshaushalt unterzubringen sei.

**Herr Fürst** ist der Meinung, daß das Land für die Stadt mitprüfen solle. Das Prüfungsergebnis solle dann im Rechnungsprüfungsausschuß vorgetragen werden.

Diesem Kompromiß schließen sich die Anwesenden an.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 6      Anfragen

Keine.

Der Beschluß wurde gem. § 47 Abs. 3 NGO bis zum Ende der Sitzung schriftlich festgehalten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.13 Uhr.